Zeitschrift: Fachzeitschrift Heim

Herausgeber: Heimverband Schweiz

Band: 65 (1994)

Heft: 7

Artikel: VPOD und Isorba informierten : familienexterne Betreuung - eine Aufgabe der Gesellschaft : setzt unser Kanton die Kinder auf die Strasse?

Autor: Valentin, Christine

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-812213

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

MEDIENORIENTIERUNG IN BASEL

VPOD und Isorba * informierten: Familienexterne Betreuung – eine Aufgabe der Gesellschaft

SETZT UNSER KANTON DIE KINDER AUF DIE STRASSE?

Von Christine Valentin

Die Familie hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten stark gewandelt. Die «traditionelle Familie» – der Vater arbeitet, die Mutter ist für den Haushalt und die Kinderbetreuung zuständig – wird zwar in Sonntagsreden immer wieder beschworen und als eigentlicher Idealzustand dargestellt. Doch die Realität sieht ganz anders aus.

Scheidungen sind heute an der Tagesordnung. Rund ein Drittel aller Ehen werden geschieden; die Tendenz ist steigend. Dadurch gibt es auch immer mehr Kinder, die nur noch bei einem Elternteil – vor allem bei ihren Müttern – leben. Diese sind aus finanziellen Gründen zum grössten Teil erwerbstätig.

Die Lebensformen der Frauen und Männer haben sich gewandelt, immer mehr Familien erproben neue Rollenverteilungen. Über die Hälfte der Frauen, die Kinder unter 15 Jahren haben, arbeiten voll- oder teilzeitlich. Viele Frauen sind heute sehr gut ausgebildet und nicht mehr bereit, ihren Arbeitsplatz oder ihre berufliche Karriere, weil sie Kinder haben, aufzugeben. Zwar engagieren sich immer mehr Väter bei der Erziehung ihrer Kinder, trotzdem lastet der grösste Teil der unbezahlten Haus- und Betreuungsarbeit (88 Prozent) weiterhin auf den Schultern der Frauen. Dies ist auch eine Folge der fehlenden Teilzeitstellen für Männer.

Die Schweiz hat die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frau und Mann in der Verfassung verankert. Die Gesellschaft ist demzufolge auch verpflichtet, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Gleichberechtigung von Frau und Mann nicht nur auf dem Papier, sondern konkret im Alltag Realität wird. Dazu braucht es auch ein gut ausgebautes Angebot an familienexterner Kinderbetreuung. Die Schweiz ist leider im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, wo Horte, Krippen und Tagesbetreuungsplätze für Kinder eine Selbstverständlichkeit sind, ein Entwicklungsland. Als Folge davon steigt die Zahl der sogenannten «Schlüsselkinder», die sich nach der Schule selber überlassen bleiben, ständig an.

Immer mehr – auch sogenannt intakte – Familien sind darauf angewiesen, dass beide Elternteile arbeiten. Denn vor allem die Mieten und Krankenkassenprämien sind in den letzten Jahren enorm gestiegen, ein Einkommen allein reicht für das Überleben der Familie nicht mehr aus. Für uns ist deshalb auch der Entscheid des Regierungsrates, die Elternbeiträge in einem solchen Ausmass zu erhöhen, nicht sinnvoll. Dem Entscheid fehlt jeder Bezug zur Basis. Mit 5000 Franken brutto kann heute eine Familie nur noch knapp überleben. In der Realität tritt diese Massnahme vor allem die mittleren Einkommensklassen.

Wir können unsere Augen vor diesen Tatsachen verschliessen. Wir können es einfach hinnehmen, dass immer mehr Kinder und Jugendliche nach der Schule sich selbst überlassen bleiben. Wir können uns darum foutieren, dass ein Grossteil der Eltern – vor allem Frauen – den Mehrfachbelastungen von Arbeit, Kinderbetreuung und Haushalt nicht mehr gewachsen sind. Die meisten Eltern sind durch die vielfältigen Anforderungen unserer komplexen, leistungsorientierten Gesellschaft überfordert. Nebst dem zunehmenden Stress und der verlangten Mobilität und Flexibilität am Arbeitsplatz, wird von ihnen gefordert, dass sie ihren Kindern bei den sich ständig ändernden und anspruchsvollen Schulaufgaben und Lerninhalten (Computer) zur Seite stehen. Viele müssen vor dieser Aufgabe kapitulieren. Sie sehen sich damit konfrontiert, dass die Gewalt in der Schule in nie dagewesenem Ausmass zunimmt, dass immer jüngere Kinder in die Drogenszene einsteigen. Die weit verbreitete Populärpsychologie trägt das ihre dazu bei, dass immer mehr Eltern verunsichert sind. Sie fragen sich, ob sie mit ihrer Erziehung dem Kind nicht schaden. Und, und, und... Deshalb sind Eltern dringend auf Unterstützung und Entlastung bei ihrer schwierigen Aufgabe angewiesen.

Auch «Nur-Mütter» sind je länger desto mehr überfordert. Sie leben mit ihren Kindern isoliert in den viel zu kleinen Wohnungen in den autofreundlichen, aber kinderfeindlichen Städten. Die körperliche und psychische Präsenz rund um die Uhr zerrt an ihren Nerven. Zudem haben sie kaum Zeit, sich eigenen Interessen zu widmen – wie etwa ein Buch zu lesen, ein Konzert oder einen Weiterbildungskurs zu besuchen. Erschöpfungsdepressionen sind nicht selten die Folge dieser Überlastung. Da nützt es ihnen auch wenig, dass der Staat und die Kirche die Mutterrolle immer noch mystifizieren. Sie brauchen in ihrer Situation eine reelle Entlastung, keine schönen Worte.

Die Gesellschaft als Ganzes zahlt früher oder später für dieses «laissez-faire». Die Folgen sind heute schon bekannt. Die Zunahme von psychischen Krankheiten und von Gewalt (innerhalb der Familie und in der Schule) wird regelmässig in den Medien thematisiert. Das Selbstbewusstsein und die Identität vieler Kinder kann sich aufgrund der fehlenden persönlichen Anerkennung und Unterstützung, der wachsenden Orientierungs- und Beziehungslosigkeit nur schwach entwickeln. Die immer jüngeren Drogensüchtigen sprechen auch in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache.

Das vor allem in Sparzeiten häufig vorgebrachte Argument, der Staat sei nicht verantwortlich für die ausserschulische Betreuung der Kinder, ist ein kurzsichtiges Schreibtischargument, das den Betroffenen wenig nützt. Die Familie braucht heute mehr denn je die Unterstützung der Gesellschaft. Denn die Kinder sind unsere Zukunft, sie werden einmal unsere AHV sichern – können wir es uns da leisten, in der Prävention zu sparen?

Riesige Nachfrage an Betreuungsplätzen

Die 1993 erschienene Untersuchung «Familienexterne Kinderbetreuung» der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen zeigt klar, dass es in der Schweiz ein riesiges Manko an ausserschulischen Betreuungsplätzen gibt. Die Schätzungen der Kommission haben ergeben, dass es in der Schweiz zwischen 21 000 bis 25 000 Plätze in Krippen und Tageheimen gibt. Diesem mageren Angebot steht eine riesige Nachfrage gegenüber.

Die Mütter (und Väter) von rund 650 000 Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren sind voll oder teilzeitlich erwerbstätig. Sie müssen sich selber helfen

* VPOD: Verband des Personals öffentlicher Dienste. Isorba: Interessengemeinschaft Sozialpädagogik Region Basel.

und auf Grosseltern, Familienangehörige oder Tagesmütter zurückgreifen, wenn sie sicher sein wollen, dass ihre Kinder während ihrer Abwesenheit betreut sind. Ein grosser Teil findet aber überhaupt keine Lösung. Dazu gehören etwa auch Eltern oder Alleinerziehende, die erst vor kurzem – zum Beispiel aus beruflichen Gründen – umgezogen sind, und noch kein entsprechendes Beziehungsnetz haben aufbauen können. Das erklärt die Tatsache, dass rund 123 000 Kinder sogenannte «Schlüsselkinder» sind, die nach der Schule sich selbst überlassen bleiben.

Die Kinderzahl pro Familie sinkt, Ein- oder Zweikindfamilien sind heute gang und gäbe. Ebenso ist die Zahl der Alleinerziehenden ständig im Steigen begriffen. Für die Kinder gibt es in der Stadt ausserhalb der Wohnung kaum noch Möglichkeiten, mit anderen Kindern zu spielen. Spielplätze und Grünanlagen sind rar, die Strasse gehört den Autos. Auch in der Wohnung selber werden die Kinder beim Spielen eingeschränkt. Sie müssen ständig leise sein und auf die Ruhe- und Ordnungsbedürfnisse der anderen HausbewohnerInnen Rücksicht nehmen. Deshalb entschliessen sich immer mehr Eltern, ihre Kinder aus pädagogischen Gründen fremdbetreuen zu lassen. Zudem verfügen viele Krippen und Tagesheime über genügend grosse Räume und Spielplätze, wo die Kinder spielen und sich entfalten können. In der Krippe oder im Tagesheim finden Einzelkinder ihre FreundInnen und Spielkameraden. Sie lernen, dass ihre eigenen Bedürfnisse in einer grösseren Gruppe nicht immer an erster Stelle kommen (soziales Lernen) und haben auch die Möglichkeit, sich mit anderen Erwachsenen als ihren Eltern auseinanderzusetzen.

Ein besser ausgebautes Betreuungsangebot ist deshalb dringend notwendig, der Bedarf ist klar ausgewiesen (Bericht der Fachstelle für Fremdbetreuung und Behindertenhilfe, Erziehungsdepartement Basel-Stadt, 1989 z.H. der Regierung = Bericht Schaffner).

Die Schule machts . . .

Häufig wird darauf hingewiesen, dass ja die Schule vermehrt Betreuungsaufgaben übernehmen könnte. Immer wieder wird das Argument angeführt, dass es sinnvoller sei, die bestehenden funktionierenden Strukturen auszunützen und zu modifizieren, statt neue Strukturen zu schaffen. Doch so einfach ist diese Variante nicht:

- Wo werden die Kinder an den schulfreien Nachmittagen und während der Ferien betreut? In der Arbeitswelt sind vier bis fünf Wochen Ferien die Regel und nicht zwölf Wochen wie in der Schule.
- Die normalen Arbeitszeiten umfassen einen Zeitraum von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Wenn die LehrerInnen während dieser Zeit auch noch die Betreuung der Kinder übernehmen, kommt das die Staatskasse teurer zu stehen als ein gut ausgebautes ausserschulisches Betreuungsangebot (Löhne des Personals).
- Auch die Variante, über die Mittagszeit und an den Randstunden «Hilfspersonal» einzusetzen, ist keine adäquate Lösung. Die Krippen und Tagesheime sind erstens alters- und kindgerecht eingerichtet. Vor allem aber können die Kinder über mehrere Jahre in «ihrer» Krippe bleiben. Sie müssen sich nicht ständig an neue Bezugspersonen gewöhnen, die Kontinuität in der Betreuung und damit auch in der Erziehung der Kinder ist gewährleistet.

Konzept für dringende ausserfamiliäre Betreuung

Die MitarbeiterInnen der Krippen und Kindertagesheime haben keinen klaren staatlichen Erziehungsauftrag. In der Realität sind wir aber mit der Tatsache konfrontiert, dass wir nicht nur einfache Betreuungsaufgaben leisten, sondern auch mithelfen müssen, immer schwierigere Kinder zu «erziehen». Der Sozialpädagogische Dienst der Schulen (SDS) stellt in seinen Aufnahmerichtlinien – nach denen die freien Plätze in Krippen und Tagesheimen grosso modo vergeben werden – Kinder, die eine sozial-pädagogische Betreuung benötigen, ziemlich weit oben auf die Prioritätenliste. Zudem suchen immer mehr Eltern eine beratende Unterstützung bei ihrer schwierigen Erziehungsaufgabe; diese finden sie unter anderem bei uns in den Krippen und Tagesheimen.

Deshalb braucht es endlich ein umfassendes kantonales Konzept für die ausserschulische Betreuung, das den Erfordernissen der heutigen Zeit entspricht. Damit verbunden muss ein klarer Erziehungs-Auftrag für das Personal der Krippen und Tagesheime sein. Die Schule kann das Bedürfnis nach einer zusätzlichen Tagesbetreuung nicht auch noch erfüllen. Sie ist schon heute durch die ständig zunehmenden, vielfältigen Probleme der Kinder und Jugendlichen an den Grenzen der Belastbarkeit angelangt. Zudem ist es für die Entwicklung der Kinder wichtig, dass sie nicht rund um die Uhr von einer Institution betreut werden, sondern auch die Möglichkeit haben, in einer anderen Umgebung und mit anderen Erziehungsbeauftragten vielfältige Lebenserfahrungen zu sammeln. Dies ist besonders in jenen Fällen wichtig, wo die Kinder oder die Eltern – aus welchen Gründen auch immer – in einem gespannten Verhältnis zu ihren LehrerInnen stehen.

In einem solchen Konzept – das zum Beispiel im Kanton Bern schon existiert – müsste einerseits der wirkliche Bedarf an Tagesbetreuungsplätzen im Kanton Basel-Stadt abgeklärt werden. Andererseits müsste klar herausgearbeitet werden, welche Kinder von welcher Institution betreut und die entsprechenden Ziele der einzelnen Organisationen definiert werden. Weiter müsste abgeklärt werden, wie dem Wunsch und dem Bedürfnis der Eltern nach mehr Flexibilität in der Betreuung entsprochen werden kann (stundenweise Betreuung oder während eines halben Tages, langfristig garantierte Ganztagesbetreuung, Mittagstisch, Schülerclubs, Zusammenarbeit mit Tagesmüttern usw.). Grundbedingung eines solchen Konzeptes wäre aber, dass es, unter der Federführung der zuständigen Behörden, zusammen mit den Trägerschaften und den PraktikerInnen der Krippen und Tagesheime entwickeln wird. Dies ist momentan leider nicht der Fall; die Entscheide werden fern von der täglichen Praxis und ohne Rücksprache an den Schreibtischen von kantonalen BeamtInnen gefällt. Die MitarbeiterInnen der Krippen und Tagesheime müssen diese Änderungen dann der Zeitung entnehmen.

Subventionskürzungen

Die Finanzen der Krippen und Tagesheime waren schon bisher sehr knapp bemessen. Die vorgesehene Subventionskürzung von 4,18 Prozent und die Streichung der Teuerung auf den Sachkosten (Mietzins, Heizkosten, Lebensmittel, PTT usw.) können von den Krippen und Tagesheimen nicht mehr verkraftet werden. Konkret heissen diese Sparmassnahmen: Wir müssen Personal entlassen und Leistungen abbauen. Dagegen wehren wir uns. Wir wollen die Kinder gemäss den Anforderungen und pädagogischen Erkenntnissen der heutigen Zeit betreuen. Dazu gehört auch genügend Personal.

Eine Erhöhung der Anzahl Kinder pro Krippe oder Tagesheimen ist aus pädagogischen und organisatorischen Gründen nicht sinnvoll. Wenn wir vermehrt der Nachfrage nach Teilzeitbetreuung entsprechen wollen (unter anderem eine Folge der Kostgelderhöhungen durch den Kanton) stossen wir einer Erhöhung der Platzzahl schnell an die Grenzen unserer räumlichen und personellen Kapazitäten. Wir sperren uns nicht gegen neue Formen der Betreuung, aber die Bedingungen dafür müssen stimmen, und es darf damit keine Qualitätseinbusse unserer Arbeit verbunden sein.

Einmal mehr sind vor allem Frauen von den Sparmassnahmen des Staates betroffen.

- Einerseits als Arbeitnehmerinnen von Krippen und Tagesheimen. Die Kleinkinderzieherinnen – ein sogenannt «typischer Frauenberuf» – sind zum Beispiel heute in der Lohnklasse 25 eingereiht, also eher am unteren Ende der Lohnskala. Wenn ihnen die Teuerung nicht voll ausgeglichen wird, hat das für sie spürbare finanzielle Konsequenzen.
- Andererseits als erwerbstätige Mütter, die auf die zahlbare Betreuung ihrer Kinder angewiesen sind.

Statt kurzfristig auf dem Buckel der Frauen und der Familien zu sparen und sich damit langfristig enorme gesellschaftliche Kosten einzuhandeln, wäre es sinnvoller, das ganze Angebot der ausserfamiliären Betreuung besser zu koordinieren und auszubauen. Hier sind alle Beteiligten gefordert: Es braucht dringend eine bessere Zusammenarbeit der entsprechenden Staats-Stellen, der Regierung und des Parlamentes mit den Institutionen, die ganz konkret Tag für Tag diese gesellschaftliche wichtige Aufgabe erfüllen. Und es braucht das Bewusstsein, dass das Betreuungsangebot weder besser noch billiger wird, wenn einerseits die Stundenansätze der Tagesmütter erhöht und dafür den Krippen und Tagesheimen die Subventionen gekürzt werden. Dieses Nullsummenspiel geht allein zu Lasten der Kinder. Sie sind unsere Zukunft – deshalb müssen wir es uns sehr genau überlegen, ob hier am rechten Ort gespart wird. ■

„Für die Kinder gibt es in der Stadt ausserhalb der Wohnung kaum noch Möglichkeiten, mit anderen Kindern zu spielen."

Diskussionsveranstaltung zum «Jahr der Familie»

FAMILIENPOLITIK: UTOPIE STATT RESIGNATION

Von Yvonne Kane, Schweizerische Kindernachrichtenagentur

Das traditionelle Bild der Familie entspricht kaum mehr der Wirklichkeit, und trotzdem richtet sich die Sozialpolitik danach. Wie aber könnte der Staat die Familie in all ihren Erscheinungsformen angemessen fördern? An einer Veranstaltung «Familie und Sozialpolitik – Utopie statt Resignation» in Zürich suchte man auch provokative Antworten.

Politik für die Familie: Findet sie überhaupt statt? Für eine alleinerziehende Mutter? Für ein Elternpaar, das sich Erziehungs- und Erwerbsarbeit teilt? Für die Kinder einer geschiedenen Ehe? Oder auch nur für die «intakte Kleinfamilie», in der die Mutter einer Teilzeitarbeit nachgeht?

Geht man davon aus, dass die Familie ganz einfach der Ort ist, wo Kinder leben und betreut werden, so gibt es verschiedenste Familienformen. Jedoch fallen diejenigen, die von der alten Norm abweichen und oft Hilfe dringend nötig hätten, leicht durch die Maschen des Netzes, welches die traditionelle Familienpolitik bietet. Wie auffangen? An einer von pro juventute, Pro Familia, dem Marie-Meierhofer-Institut für das Kind, dem Jugendamt des Kantons Zürich und dem Tagungszentrum Boldern gemeinsam organisierten Diskussionsveranstaltung suchten Fachleute und Teilnehmende nach neuen Ansätzen.

Existenzsicherung für Kinder

Für *Angela Grosso Ciponte*, Soziologin aus Basel, muss Familienpolitik in erster Linie Frauenpolitik sein, weil Frauen letztlich die Familie am meisten unterstützen. Kinderbetreuungsmöglichkeiten, damit Mütter Familie und Beruf vereinbaren können, und die Anerkennung der Familienarbeit als gültige Erfahrung für das Erwerbsleben seien notwendig. Bei Lohnunterschieden zwischen 6 und 30 Prozent sei ausserdem die Forderung nach Lohngleichheit für Frauen und Männer ausserordentlich wichtig.

Ebenfalls von der unterschiedlichen ökonomischen Situation von Familienmitgliedern ging *Lynn Blattmann* aus. Die Zürcher Historikerin und Mitautorin des Buches «Gegen das frauenspezifische Arbeitslos; Frauen, Arbeitsmarkt und Krise» äusserte Kritik an der Verteilung der knapper werdenden Erwerbsarbeit und am Ernährerlohn, der ein Privileg der Männer sei, ohne an eine wirklich vorhandene Familie gebunden zu sein. «Diese Finanzierungsform der Familie ist überholt», betonte sie und machte den provokativen Vorschlag, «für mehr Gerechtigkeit den Ernährerlohn abzuschaffen, zugunsten von Individuallöhnen für Männer und Frauen und einer garantierten Existenzsicherung für die Kinder, ähnlich der AHV oder der IV».

Mehr Gemeinschaft statt Gesellschaft

So weit wollte *Peter Gurtner*, stellvertretender Direktor für das Bundesamt für Wohnungswesen, nicht gehen. Aber auch er sah die Gleichstellung von Frau und Mann als Ansatzpunkt für eine bessere Familienpolitik. Er trat ein für mehr «Gemeinschaft statt Gesellschaft», da man heute nicht viel mehr vom Staat fordern könne.

Wohnbauförderung zum Beispiel sei ebenso Familienförderung. Gerade im Bereich des Wohnens, das eine enorme soziale Bedeutung habe, könnte man dem Gemeinschaftsgedanken mehr Gewicht geben, meinte er. Wohnmodelle mit Kinderbetreuungsangebot, Nachbarschaftshilfe, nahem Arbeitsplatz und kinderfreundlichem Wohn- und Spielraum seien zukunftsweisend.

Bewusstsein schaffen für die Familie

Nur Utopien und Hoffnungen? Die Widerstände gegen eine Neuorientierung in der Familienpolitik haben sehr viel mit Macht, Geld und bestehenden Strukturen zu tun. Eine Sensibilisierung für die Bedürfnisse der Familie tut not. «Die traditionelle Politik lässt wenig Spielraum», sagte Angela Grosso Ciponte. «Letztlich sollte der Staat jedoch Sozialpolitik im Interesse des Kindes machen.» ■